



VdPV

Die Landpost

Deutsche Post DHL Group



**Deutsche Post DHL stellt
neues Programm zur
Sicherung des langfristigen
Ergebniswachstums vor**

**Wegen Rückgang der Briefvolumina
wird die Fixkostenbasis reduziert**

LEITARTIKEL



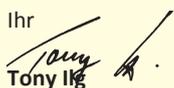
**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

jetzt ist es amtlich, Vorstand Jürgen Gerdes scheidet aus dem Unternehmen Deutsche Post DHL aus. Jürgen Gerdes der seit mehr als 30 Jahre im Unternehmen tätig war muss jetzt seinen Hut nehmen. Ich habe Gerdes 1993 in Osnabrück bei der Einweihung eines DMC -Centers der Post kennen und schätzen gelernt. Seit dieser Zeit stehen wir regelmäßig in Kontakt. Ich wünsche Jürgen Gerdes für die Zukunft alles Gute.

Nun übernimmt der Postchef Frank Appel persönlich die Aufgaben von Jürgen Gerdes. Sicherlich läuft im Bereich Brief nicht alles rund. Plötzlich merkt man, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, dass immer mehr Päckchen und Pakete die Zusteller überfordern. Das sind genau die Themen, auf die wir seit Monaten hinweisen. Plötzlich sind die Beamten für diese Tätigkeit zu teuer. Nun will Frank Appel die Fixkostenbasis nachhaltig reduzieren. Es wird ein Vorruhestandsprogramm aufgelegt, dies ist an Beamte in indirekten Funktionen gerichtet. Dieses Programm wird in diesem Jahr noch beginnen und bis Ende 2019 abgeschlossen sein. Hierfür wird die Post 500 Millionen an Aufwendungen zur Verfügung stellen. Sobald wir darüber nähere Informationen bekommen, werden wir sie über den Inhalt umgehend informieren.

Um weitere Einnahmen zu erzielen, wird ab dem 1. Januar das Briefporto erhöht. Neben den Briefen wird sich auch der Preis für Bücher- und Warensendungen erhöht. Erstaunlich ist, dass die Mitbewerber im Bereich Briefdienste ihre Erträge steigern. Inzwischen werden bereits Milliarden Sendungen von Banken, Unternehmen und Behörden über die Postcon, Tochter der niederländischen Post, eingeliefert.

Viele Jahre hatte die Post den Markt beherrscht, nun muss die Post anpassen, dass auf Grund des Preis- und Lohndrucks nicht noch mehr an die Mitreiter verliert. Es kann nicht sein, das auf Grund von Missmanagement die Mitarbeiter darunter leiden.

Ihr

Tony Ilg
Bundesvorsitzender

Deutsche Post DHL Group reagiert auf Herausforderungen im Unternehmensbereich PeP

Maßnahmen zielen auf eine Verbesserung der Produktivität und Senkung Kosten im Post- und Paketgeschäft.

**Zusätzliches jährliches Kostenbudget von 100 bis 150 Millionen Euro für betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität und Servicequalität
CEO Frank Appel: "Wir sind sehr zuversichtlich, unsere Ziele für 2020 zu erreichen"**

Deutsche Post DHL Group hat heute eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltigen Ergebniswachstums im Unternehmensbereich Post - eCommerce - Parcel (PeP) beschlossen. Diese sollen der im ersten Quartal 2018 deutlich gewordenen negativen Ergebnisentwicklung in der PeP Division nachhaltig entgegenwirken und eine positive Ergebnisentwicklung in den Jahren 2019 und 2020 sicherstellen. Die beschlossenen Maßnahmen zielen vor allem auf eine weitere Verbesserung der Produktivität und der indirekten Kosten sowie des Ertragsmanagements im Post- und Paketgeschäft.

"Wir konzentrieren uns darauf, unsere strategischen und finanziellen Ziele für 2020 zu erreichen und unsere Divisionen auf eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung in den kommenden Jahren auszurichten. Wir nehmen jetzt bewusst kurzfristige negative Ergebniseffekte in Kauf, um langfristig nachhaltiges Wachstum zu sichern", sagte Frank Appel, CEO von Deutsche Post DHL Group.

Wie im ersten Quartal kommuniziert, hat die strukturelle Verlagerung vom Post- zum Paketgeschäft in diesem Jahr mehrere Herausforderungen mit sich gebracht. Im deutschen Paketgeschäft verzeichnet die PeP Division ein ungebrochenes strukturelles Mengenwachstum. Durch den höheren Bedarf an Personal und Transportkapazitäten in ungewöhnlich engen Arbeits- und Transportmärkten sind aber auch die Kosten stark gestiegen. Die Herausforderung im Post-Bereich besteht in dem anhaltenden strukturellen Volu-

menrückgang bei gleichzeitig stabilen Briefpreisen seit Januar 2016 und einer hohen Fixkostenbasis. Gleichzeitig führt die strukturelle Verlagerung mit schrumpfenden Brief- und steigenden Paketvolumina aber nicht zu einer entsprechenden Anpassung der indirekten Kosten. Darüber hinaus hat der Konzern in den letzten Jahren nicht in ausreichendem Maße in die Weiterentwicklung des operativen Geschäfts investiert.

Programm zur Sicherstellung des langfristigen Ergebniswachstums in der PeP Division

Um diese Herausforderungen anzugehen, hat der Konzern ein umfassendes Programm aufgesetzt, das Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität, zur Senkung der indirekten Kosten und zum Ertragsmanagement umfasst.

Produktivität: Zur Verbesserung der Produktivität wird der Konzern durch betriebliche Ausgaben in Höhe von 100 bis 150 Millionen Euro jährlich die operativen Kapazitäten des PeP Bereichs auf die nächste S-Kurve überführen. Darin enthalten sind Maßnahmen zur Automatisierung und Digitalisierung, zu kontinuierlichen Verbesserungs-Programmen, zu Steigerung der Produktivität auf der letzten Meile sowie zur intelligenten Auslastung des Post- und Paket-Netzwerks. Letztlich wird dieses zusätzliche Kostenbudget zu einem besseren Kundenservice und einer höheren Produktivität sowie Einsparungen von 150 - 250 Millionen Euro pro Jahr führen.

Indirekte Kostensenkungen: Angesichts des kontinuierlichen Rückgangs der

Briefvolumina wird der Konzern die Fixkostenbasis nachhaltig reduzieren. Kernelement dieser Maßnahme ist ein Vorruhestandsprogramm, das sich an Beamte in indirekten Funktionen richten wird. Für dieses Programm, das 2018 und 2019 umgesetzt wird, fallen im Gesamtjahr 2018 Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro an. Der Konzern geht davon aus, dass dieses Programm bis 2020 jährlichen Kostensenkungen von mindestens 200 Millionen Euro generiert.

Ertragsmanagement: Im Hinblick auf die regulierten Produkte des Post-Bereichs wartet der Konzern die Entscheidung der Bundesnetzagentur für die ab dem 01. Januar 2019 geltenden Briefpreise ab. Wie bereits angekündigt, werden die Preise für Bücher- und Warensendungen mit Wirkung vom 1. Juli angehoben. Im deutschen Paketgeschäft wird der Konzern den Fokus auf ein ausgewogenes Verhältnis von Wachstum und Ertrag legen. Auch in einem wettbewerbsintensiven Markt machen allgemeine Kostensteigerungen preisliche Anpassungen erforderlich. Preiserhöhungen sollen fortlaufend mit der Verlängerung bestehender und dem Abschluss neuer Verträge umgesetzt werden. Paket Deutschland rechnet mit einem kontinuierlichen

Volumenwachstum, das nahe am Marktwachstum von 5-7 Prozent liegen wird.

Die genannten Maßnahmen werden der aktuellen Ergebnisentwicklung 2018 nur zum Teil bereits entgegenwirken, sodass das PeP-EBIT vor Einmalaufwendungen im laufenden Jahr nunmehr bei rund 1,1 Milliarden Euro erwartet wird. Dieser Wert enthält zusätzliche Ausgaben für Produktivitätsverbesserungen in Höhe von rund 150 Millionen Euro. Daneben wird für die Umsetzung der Maßnahmen im Gesamtjahr 2018 einmalig ein Restrukturierungsaufwand von 0,5 Milliarden Euro verbucht werden.

Ab dem zweiten Quartal 2018 werden die Aktivitäten des vor kurzem neu geschaffenen Vorstandsorts Corporate Incubations neben dem Ergebnis von Corporate Center/Anderes als Teil der neuen Berichtszeile Corporate Functions ausgewiesen werden. Für Corporate Incubations wird 2018 ein Gesamtjahresergebnis von -70 Millionen Euro erwartet.

Einschließlich der genannten Effekte erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2018 ein Konzern-EBIT in Höhe von rund 3,2 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis soll der Unternehmens-

bereich PeP jetzt rund 0,6 Milliarden Euro beitragen. Für die DHL-Unternehmensbereiche wird unverändert ein Ergebnis von rund 3,0 Milliarden Euro erwartet. Das Ergebnis von Corporate Functions wird insgesamt bei -0,42 Milliarden Euro erwartet, wobei das EBIT von Corporate Center/Anderes mit rund -0,35 Milliarden Euro voraussichtlich unverändert ausfallen wird. Die bisherige EBIT-Prognose für 2020 wird dank der geschilderten Maßnahmen bestätigt. Für den Konzern wird unverändert ein EBIT von über 5,0 Milliarden Euro erwartet. Dazu wird der Unternehmensbereich PeP voraussichtlich einen Ergebnisbeitrag von rund 1,7 Milliarden Euro leisten. Für die DHL Unternehmensbereiche wird ein Ergebnisbeitrag von rund 3,7 Milliarden Euro prognostiziert. Für Corporate Functions erwartet der Vorstand ein EBIT von rund -0,35 Milliarden Euro.

Der ausgewiesene Free Cashflow des Konzerns wird sich damit im Gesamtjahr 2018 - ohne die fremdfinanzierte Erneuerung der interkontinentalen Express-Flugzeugflotte - noch mindestens auf über 1,0 Milliarde Euro belaufen.

Hauptversammlung beschließt Dividendenerhöhung auf 1,15 Euro

Auf der Hauptversammlung der Deutschen Post AG im World Conference Center in Bonn haben rund 1.600 Aktionäre mit großen Mehrheiten den Beschlussvorschlägen von Vorstand und Aufsichtsrat zugestimmt. Unter anderem beschlossen die Aktionäre mit 99,93 Prozent des anwesenden Kapitals die Zahlung einer Dividende von 1,15 Euro pro Aktie. Dies entspricht einer Erhöhung um 10 Euro-Cent gegenüber dem Vorjahr. Auch in diesem Jahr wird die Dividende an inländische Aktionäre wieder steuerfrei ausgeschüttet.

Vorstand (99,67 Prozent der Stimmen) und Aufsichtsrat (99,59 Prozent) wurden mit großen Mehrheiten für das Geschäftsjahr 2017 entlastet. Mit großer Mehrheit wurde von der Hauptversammlung auch das

Vergütungssystem für den Vorstand gebilligt und zwei Ermächtigungen zur Inanspruchnahme von bedingten Kapitalia beschlossen.

Im Rahmen der Aufsichtsratswahlen wurden Dr. Günther Bräunig, Vorstandsvorsitzender der KfW Bankengruppe (89,54 Prozent der Stimmen), und Dr. Mario Daberkow, Mitglied des Vorstands der Volkswagen Financial Services AG (99,18 Prozent der Stimmen) bis zur Hauptversammlung 2023 in den Aufsichtsrat gewählt. Dr. Ulrich Schröder hatte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Zudem endet die Amtszeit des Aufsichtsratsvorsitzenden Prof. Dr. Wulf von Schimmelfmann turnusgemäß mit Ablauf der heutigen Hauptversammlung. „Die heutige hervorragende Auf-

stellung unseres Konzerns ist auch der Verdienst von Prof. Dr. Wulf von Schimmelfmann. Gemeinsam haben wir Deutsche Post DHL Group zu etwas Besonderem gemacht. Der gesamte Vorstand, der Aufsichtsrat und ich persönlich danken Ihnen herzlich“, sagte Frank Appel, Vorstandsvorsitzender von Deutsche Post DHL Group.

Der Aufsichtsrat hat in einer Sitzung im Anschluss an die Hauptversammlung Dr. Nikolaus von Bomhard, den früheren Vorstandsvorsitzenden der Münchener Rück AG, zum neuen Vorsitzenden und Andrea Kocsis zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Briefeschreiben in Deutschland ist im Europavergleich günstig

In 25 europäischen Ländern sind die tatsächlichen Briefpreise höher als hierzulande

Porto europaweit um 14 Cent teurer als im Vorjahr, Briefpreise in Deutschland stabil geblieben

Das Porto für den Standardbrief in Deutschland ist im europäischen Vergleich weiter günstig. Das belegt der diesjährige Briefpreisvergleich der Deutschen Post. Bezieht man makroökonomische Faktoren wie Arbeitskosten und Kaufkraft mit in den Vergleich der 28 EU-Mitgliedstaaten sowie der EFTA-Staaten Island, Norwegen und Schweiz ein, so liegt Deutschland mit seinem Briefpreis im europäischen Porto-Ranking lediglich auf Rang 26. Günstigere Briefpreise finden sich demnach lediglich in fünf, deutlich kleineren Staaten: der Schweiz, Zypern, Österreich, Slowenien und Malta. In allen anderen 25 Ländern in Europa ist das Briefeschreiben teurer.

Betrachtet man nur die nominalen Briefpreise, so liegt das deutsche Porto mit 0,70 Euro immer noch auf einem vergleichsweise guten Platz 17 im Mittelfeld. 13 Länder haben seit dem letzten Jahr die Briefpreise angehoben, so dass der durchschnittliche europäische Briefpreis erstmals die 1-Euro-Marke überschritten hat. Mit 1,02 Euro ist der europäische Durchschnittspreis für einen inländischen Standardbrief 14 Cent teurer als im Vorjahr. Nominal am teuersten ist der Inlandsbrief in Island mit umgerechnet 4,94 Euro, am günstigsten ist er nach wie vor auf Malta (0,26 Euro). Durchschnittlich ist der nominale Briefpreis in Europa in den letzten fünf Jahren um stolze 56,8 Prozent angehoben worden - am stärksten in Island (+396%), Italien (+300%) und Dänemark (+238%). Der Briefpreis der Deutschen Post ist hingegen nur um 21 Prozent gestiegen, rund 36 Prozent unter dem Mittelwert. Deutschland belegt damit in diesem Ranking Platz 18. Die Briefpreisstudie der Deutschen Post untersucht am Beispiel eines Industriearbeiters auch, wie lange in den

einzelnen Ländern gearbeitet werden muss, um das Porto für einen Standardbrief bezahlen zu können. Denn die Arbeitszeit, die aufgewendet werden muss, um das Äquivalent des jeweiligen Briefpreises zu verdienen, ist ein wichtiger Gradmesser bei der Frage, wie erschwinglich das Porto ist - und die Erschwinglichkeit des postalischen Universaldienstes ist ein wesentliches Kriterium der EU-Postdienstrichtlinie. Demnach ist Deutschland nach der Schweiz und Malta immer noch das Land mit den erschwinglichsten Briefpreisen. Am längsten muss ein Arbeiter in Island arbeiten, um sich das Geld für einen Standardbrief zu verdienen. Inflationsbereinigt hat sich in den vergangenen zehn Jahren der Briefversand in den untersuchten Ländern seit 2008 um sage und schreibe 55,32 Prozent verteuert. Im Vergleich dazu ist der deutsche Briefpreis im gleichen Zeitraum nur um 13,4 Prozent gestiegen. Damit liegt das Preisniveau für den Standardbrief in Deutschland im hinteren - günstigeren - Teil des europäischen Rankings, nämlich auf Platz 22.



Deutsche Post erhöht Preise für Bücher- und Warensendungen

Neue Preise ab 1. Juli 2018

Deutsche Post reagiert auf allgemeine Kostensteigerungen und höhere Transportpreise

Die Preise für andere Briefprodukte, wie z.B. den Standardbrief, bleiben hiervon unberührt.

Entgelte für Bücher- und Warensendungen im Wettbewerbsvergleich trotz Erhöhung weiter auf Durchschnittsniveau. Die Deutsche Post wird zum 1. Juli 2018 die Preise für Bücher- und Warensendungen erhöhen. Der Preis für die Büchersendung Groß (bis max. 500 Gramm) steigt um 20 Cent auf 1,20 Euro. Die Büchersendung Maxi (bis max. 1.000 Gramm) kostet künftig 1,70 Euro statt 1,65 Euro. Auch das Porto für die Warensendung Kompakt (bis max. 50 Gramm) wird von 0,90 auf 1,30 Euro

angehoben. Die Warensendung Groß (bis 500 Gramm) verteuert sich von 1,90 auf 2,20 Euro, gleichzeitig erhöht das Unternehmen aber die Rabatte bei diesem Produkt um 30 Cent. Somit bleiben die rabattierten Preise für die Warensendung Groß unverändert.

Mit den Preiserhöhungen reagiert die Deutsche Post auf die allgemeinen Kostensteigerungen. Die letzte Preiserhöhung im Bereich der Bücher- und Warensendungen geht auf das Jahr

2013 zurück. Auch die Transportkosten sind in Folge der zunehmenden Durchschnittsvolumina bei Bücher- und Warensendungen gestiegen. Zudem sind weitere Investitionen nötig, um die Qualität dieser Dienstleistung langfristig zu sichern. Mit der Preiserhöhung liegt das Entgelt für eine nationale Bücher- und Warensendung im Vergleich mit dem überregionalen Wettbewerb auf Durchschnittsniveau.

Jürgen Gerdes legt Mandat als Mitglied des Vorstands von Deutsche Post DHL Group nieder

Jürgen Gerdes (53), Vorstand Corporate Incubations bei Deutsche Post DHL Group, hat sein Mandat niedergelegt.

Die Gesellschaft und Jürgen Gerdes haben sich aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die strategische Schwerpunktsetzung des Unternehmens im besten gegenseitigem Einvernehmen auf ein vorzeitiges Ausscheiden von Gerdes aus dem Vorstand geeinigt. Er wird sein Vorstandsmandat niederlegen und verlässt zum 30. Juni 2018 den Konzern.

Der Aufsichtsrat von Deutsche Post DHL Group dankt Jürgen Gerdes ausdrücklich für seine mehr als 30 Jahre währende erfolgreiche Arbeit im Konzern.

„Unter der Führung von Jürgen Gerdes hat sich die Division Post - eCommerce - Parcel über mehr als ein Jahrzehnt sehr erfolgreich entwickelt. Er hat kundenorientierte Innovationen und die Internationalisierung erfolgreich vorangetrieben und über viele Jahre maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg der Gruppe beigetragen. Zuletzt hat er im Ressort

Corporate Incubations erste wichtige Schritte unternommen, um die Weichen für die Zukunft des Unternehmens in den Feldern Digitales, E-Mobilität und Automatisierung zu stellen“, sagte Nikolaus von Bomhard, Vorsitzender des Aufsichtsrats von Deutsche Post DHL Group.

Die Verantwortung für das Vorstandsressort Corporate Incubations übernimmt mit sofortiger Wirkung Thomas Ogilvie zusätzlich zu seinem Mandat als Personalvorstand und Arbeitsdirektor des Unternehmens. Er war vor seiner Berufung in den Vorstand als Executive Vice President Corporate Development für die Konzernstrategie zuständig und ist mit den Projekten, die bei Corporate Incubations vorangetrieben werden, eng vertraut.

Urlaub 2017/2018

Gesamtkatalog



ErholungsWerk
Post PostBank Telekom e.V.

Der Katalog ist in der Bundesgeschäftsstelle erhältlich.
Telefon: 05451/16915

Ideal zum Entspannen und Wohlfühlen!

Sehr persönlich geführtes Hotel mit neuem Appartementhaus „Wiesenblume“. Im Park gelegen. Wohltuende Atmosphäre. Appartements u. Restaurant im behaglichen Landhausstil.

Fewo: 45-70 m² für 2-4 Pers.; hochwertige Ausstattung: Wohnraum mit Tel., Sat-TV, Video, Safe, Balkon Terrasse, Küchenzeile mit Spülmaschine; 1-2 Schlafzimmer, DU/WC, Fön, Bademantel.

Z. T. für Nichtraucher reserviert; eine behindertengerechte Wohnung, Lift.

Sparpreise:
7 Tage für 2 Personen
Übernachtung € 460,00
mit großem Frühstücksbuffet € 600,00
mit Frühst. und Abendmenü € 804,00
Nebenkosten inklusive.

Freie Nutzung aller Angebote des Hotels, wie Parkanlage, Hallenbad, finn. Blockhaussauna und röm. Dampfbad. Teilnahme am Gästeprogramm. Kinder bis 6 Jahre übernachten kostenlos.

Der Verband des PostVertriebspersonals gewährt seinen Mitgliedern einen Zuschuss zur Erholungsfürsorge. Bei einem Aufenthalt von **längstens 21 Tagen** einen Zuschuss von 7,50 € pro Tag in Abständen von drei Jahren.

Verbandsmitglieder senden der Bundesgeschäftsstelle in 49477 Ibbenbüren, Astenstr. 48, die Rechnung unseres Hauses als Beleg ein und geben ihre Bankverbindung an, damit der Zuschuss überwiesen werden kann.

Ringhotel Willingen
Fam. Brüne-Frisch
34508 Willingen-Usseln im
Hochsauerland
Tel. 05632-9495-0
Fax 9495-96
Internet-Adresse:
http://posthotel.de
e-mail Adresse:
Posthotel-Usseln@t-online.de

Verwohnt
Urlaub
im
**HOTEL
USSELN**
wo auch
kleine Wünsche
viel bedeuten

Hotel Seemöwe

Gruppenreisen ab 20 Pers.
HP ab 3 Tagen p.Tag/p.P. 35,- €

Unser Hotel verfügt über 100 Betten. Die Zimmer sind ausgestattet mit Dusche, WC, TV, teilweise Balkon zum See.
Die Küche bietet Eifel-Spezialitäten sowie internationale Gerichte an. Interessante Ausflugsmöglichkeiten, z.B. Monschau, Aachen, Köln u.a. mehr.

**Hotel Seemöwe - Cafe - Restaurant
Familie Wollgarten
Am Obersee 10 - 52152 Simmerath
Tel.: 0 24 85/2 71 - Fax: 0 24 85/13 56
www.hotel-seemoe.de**

Der Verband des PostVertriebspersonals gewährt seinen Mitgliedern einen Zuschuss zur Erholungsfürsorge. Bei einem Aufenthalt von **längstens 21 Tagen** einen Zuschuss von 7,50 € pro Tag in Abständen von drei Jahren. Verbandsmitglieder senden der Bundesgeschäftsstelle in 49477 Ibbenbüren, Astenstr. 48, die Rechnung unseres Hauses als Beleg ein und geben ihre Bankverbindung an, damit der Zuschuss überwiesen werden kann.

Digitalisierung in der Frachtlogistik

Uwe Brinks, 53 Jahre ist seit Januar 2017 CEO von DHL Freight. Er ist seit 35 Jahren im Konzern Deutsche Post DHL tätig und war zuvor Produktionschef der Brief- und Paketsparte.



Digitalisierung und Innovationen sind in aller Munde. Wie stehen Sie als CEO DHL Freight demgegenüber?

Wenn wir die Möglichkeiten von Digitalisierung und Innovationen ausloten, geschieht dies nicht zum Selbstzweck. Vielmehr ist es für uns eine unabdingbare Notwendigkeit. Wenn wir uns Gedanken über den Einsatz von Technologien wie Blockchain, intelligenter Sensorik und Data Analytics machen, so geschieht dies, um einerseits zu ergründen, wie wir unsere Services und Produkte effizienter und für unsere Kunden damit noch relevanter gestalten können und um andererseits die Arbeit und den Alltag unserer Mitarbeiter einfacher und konstruktiver zu machen. Ich denke dabei auch an den

demografischen Wandel und erkenne hierin eine klare Chance – keinen Widerspruch. Das Renteneintrittsalter steigt, die Menschen werden älter und wenn wir beispielsweise einem LKW-Fahrer oder dem Lagermitarbeiter mit Hilfe von modernen Arbeitsmitteln den Alltag erleichtern können, so ziehen alle einen Vorteil daraus. Technologie macht Prozesse effizienter und sichert uns langfristig unsere Leistungsfähigkeit. Es sind die Mitarbeiter, die ein Unternehmen erfolgreich machen. Und wer Innovationen mit und für Mitarbeiter erfolgreich vorantreibt, ist nicht nur heute Innovationsführer, sondern auch noch morgen relevant.

Sie haben es angesprochen, der Mangel an LKW-Fahrern wird immer größer – wie reagiert DHL Freight darauf und wie können neue Technologien dabei helfen?

Wir sind aktuell dabei, das Thema Fahrermangel aktiv anzugehen. Wir wollen dabei auch den Beruf des LKW-Fahrers attraktiver und einfacher machen, auch über den Einsatz neuer Technologien. Heute ist technologisch bereits viel machbar – auch so ausgefallene Sachen wie: Der Fahrer sitzt nicht mehr im

Truck und steuert das Fahrzeug über eine Datenbrille remote. So was ist eine nette technologische Spielerei, hat aber absolut nichts mit unseren Abläufen zu tun. Ein Fahrer muss weit mehr können als nur fahren und gerade auch bei diesen Dingen können wir ihn unterstützen beispielsweise durch intelligente Routenplanung bei der Abholung oder Zustellung von Transporten und der Transparenz über die geladenen Güter. Gleichzeitig werden wir uns zukünftig stärker selbst um die Fahrersuche bemühen, um hier unabhängiger von den Marktbewegungen und der Nachfrage zu sein.

Was glauben Sie persönlich, wie sich das autonome Fahren weiter entwickeln wird? Was wird sich für die Mitarbeiter ändern?

Insgesamt ist das Thema Autonomes Fahren für uns noch weit weg, schließlich ist das Geschäft von DHL Freight ein klassisches Geschäft, das von den Mitarbeitern lebt, die die Ware zu unseren Kunden transportieren. Dennoch wollen wir die Intelligenz der Fahrzeuge selbst weiter ausbauen. Das kann ein „intelligenter“ Gabelstapler sein, der neben den klassischen Aufgaben zukünftig auch scannen, wiegen oder das Volumen der Güter bestimmen kann. Damit unterstützen wir unsere Mitarbeiter, die sich wiederum um andere oder neue Aufgaben kümmern können.

Jeder Dritte hat nichts zu vererben

Obwohl Jahr für Jahr unvorstellbar hohe Summen vererbt werden, geht laut einer Postbank Umfrage jeder dritte Deutsche davon aus, dass er nichts hinterlassen kann. Jeder Elfte möchte nichts vererben. Vermögen im Wert von rund 400 Milliarden Euro werden jährlich in Deutschland übertragen, schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Tendenz steigend: Die Nachkriegsgeneration konnte eine lange Friedensphase nutzen, um stattliche Vermögen aufzubauen, die jetzt nach und nach vererbt und verschenkt werden. Dazu gehören auch zahlreiche Immobilien. „Immobilien in guter Lage legen derzeit deutlich an Wert zu. Das wird das

Erbvolumen noch weiter vergrößern“, erklärt Dr. Marco Bargel, Chefvolkswirt der Postbank. „Außerdem wird die Zahl der Erbfälle in den kommenden Jahren voraussichtlich leicht ansteigen, da die Gruppe der potenziellen Erblasser, also im Wesentlichen die Altersgruppe der über 70-Jährigen, laut Statistischem Bundesamt moderat wächst.“ Trotzdem wird bei Weitem nicht jeder in den Genuss eines Nachlasses kommen. 31 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass sie nach ihrem Tod nichts von Wert vererben können. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage von TNS Emnid im Auftrag der Postbank. Vor allem Menschen mit niedrigem Schulabschluss sowie solche mit

geringem Haushaltsnettoeinkommen erwarten, dass sie ihren Nachkommen keine materiellen Werte hinterlassen können. „Das zu vererbende Privatvermögen ist in Deutschland sehr ungleich verteilt“, stellt Dr. Marco Bargel fest. Laut Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der deutschen Haushalte etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens, die unteren 20 Prozent besitzen überhaupt kein Vermögen. Etwa neun Prozent sind verschuldet. Und da Eltern häufig auch ihren sozialen Status an ihre Kinder weitergeben, erhalten die einen eine gute Bildung und damit im späteren Berufsleben ein ordentliches Einkommen – und noch eine Erbschaft obendrauf. Andere gehen hingegen leer aus.

Bundesrat stimmt Rentenanpassung 2018 zu Mitteilungen mit neuem Rentenausweis werden versandt

Zum 1. Juli 2018 erhalten die rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner eine Rentenerhöhung. Sie liegt in den alten Bundesländern bei 3,22 Prozent, in den neuen Bundesländern bei 3,37 Prozent. Das hat der Bundesrat heute entschieden. Hierauf weist die Deutsche Rentenversicherung Bund in Berlin hin. Rentenplus kommt zu unterschiedlichen Zeitpunkten an

Wann das Plus bei der Rente bei den Rentnerinnen und Rentnern ankommt, hängt vom Zeitpunkt des Rentenbeginns

ab. Wer bis März 2004 Rentner wurde, erhält die erhöhte Rente bereits Ende Juni. Wenn die Rente im April 2004 oder später begonnen hat, wird das Plus bei der Rente erst Ende Juli auf dem Konto der Rentnerinnen und Rentner sein. Die Zahlung erfolgt automatisch. Versand der Rentenanpassungsmitteilungen beginnt

Über die neue Rentenhöhe informiert die Rentenanpassungsmitteilung. Die ersten Mitteilungen werden ab heute versandt. Wird die Rente bereits

Ende Juni überwiesen, erfolgt die Information bis zum 23. Juni 2018. Bei Zahlungen Ende Juli wird die Mitteilung bis zum 20. Juli 2018 versandt. Rentnerinnen und Rentner erhalten neuen Rentenausweis

Mit der Rentenanpassungsmitteilung erhalten die Rentnerinnen und Rentner erstmalig auch einen neuen folienverstärkten Ausweis im praktischen Scheckkartenformat. Der Rentenausweis muss aus dem Schreiben herausgelöst werden. Das Schreiben enthält auch Hinweise zum Herauslösen des Ausweises, die beachtet werden sollten. Mit dem neuen Ausweis können Rentnerinnen und Rentner Vergünstigungen erhalten – etwa bei kulturellen Veranstaltungen oder im öffentlichen Nahverkehr.

Zahl der Widersprüche um mehr als ein Drittel gesunken Rentenbescheide der Rentenversicherung

Die jährlich rund 1,58 Millionen Rentenbescheide der Rentenversicherung finden bei den angehenden Rentnerinnen und Rentnern eine immer höhere Akzeptanz. Das ergibt sich aus Zahlen der Deutschen Rentenversicherung. Danach ist die Zahl der Widersprüche gegen Rentenbescheide in den vergangenen zehn Jahren um mehr als ein Drittel gesunken. Wurde 2007 noch in rund 232.000 Fällen Widerspruch gegen einen Rentenbescheid eingelegt, war dies 2017 nur noch rund 148.000 Mal der Fall. Allein 2017 gab es einen Rückgang um rund sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

"Wir führen diese erfreuliche Entwicklung unter anderem darauf zurück, dass wir unseren Versicherten seit einigen Jahren schon frühzeitig ihren Versiche-

rungsverlauf zusenden", so die Deutsche Rentenversicherung. Der Versicherungsverlauf gibt wieder, welche Daten aus der eigenen Versicherungsbiografie die Deutsche Rentenversicherung bereits gespeichert hat. Er ist Grundlage der späteren Rentenberechnung. "Wir empfehlen unseren Versicherten daher, den Versicherungsverlauf frühzeitig zu überprüfen und uns bei Lücken geeignete Unterlagen und Nachweise zuzusenden", so die Rentenversicherung weiter. Nur bei einem vollständigen Versicherungsverlauf kann die Rente richtig berechnet werden. Geklärte Versichertenkonten sind Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Arbeit der Rentenversicherung und können Fehler in Rentenbescheiden bereits frühzeitig vermeiden.

Hervorzuheben sei auch die positive Wirkung der verstärkten Informationsarbeit der Deutschen Rentenversicherung, heißt es weiter. Sie habe dazu beigetragen, dass sich Versicherte im Rahmen der Altersvorsorgeplanung früher als in der Vergangenheit aktiv mit ihren Ansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung auseinandersetzen. Widersprüche gegen Bescheide

der Rentenversicherung sind damit oft entbehrlich geworden. "Auch haben wir die Qualität unserer Rentenbescheide in den letzten Jahren deutlich verbessert, indem wir sie verständlicher formuliert und übersichtlicher gestaltet haben", so die Rentenversicherung. Ebenso habe das Auslaufen einzelner Rentenarten, wie der Altersrente nach Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit, bei denen in der Vergangenheit vermehrt Widersprüche eingelegt wurden, zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Widerspruch

Sind Sie mit einem Bescheid des Rentenversicherungsträgers (zum Beispiel einem Rentenbescheid) nicht einverstanden, können Sie Widerspruch einlegen. Leben Sie in Deutschland, haben Sie dafür einen Monat Zeit. Leben Sie im Ausland, sind es drei Monate. Wo Sie den Widerspruch einlegen können, steht in der Rechtsbehelfsbelehrung Ihres Bescheides. Beispiel:

Haben Sie den Bescheid am 2. September 2003 in Deutschland erhalten, ist der 2. Oktober 2003 der letzte Tag, an dem Sie Widerspruch einlegen können. Fällt das Ende der Frist jedoch auf ein Wochenende oder einen gesetzlichen Feiertag, verschiebt sich das Fristende auf den nächsten Werktag.

Bei Fragen zur VAP und Rente wenden sie sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle:

Asternstr. 48, 49477 Ibbenbüren
Telefon: 05451-16915
Email: info@vdpv.de

Die Gesundheitsuntersuchung: Vorsorge ab 35

Die Versicherten haben ab dem Alter von 35 Jahren im Abstand von zwei Jahren einen Anspruch auf eine Gesundheitsuntersuchung zur Früherkennung von Erkrankungen, insbesondere zur Identifizierung von Herz-Kreislauf- und Nierenerkrankungen sowie der Zuckerkrankheit. Bei dieser Vorsorgemaßnahme stellt die Ärztin oder der Arzt mit relativ einfachen und wenig belastenden Untersuchungen fest, welche Risikofaktoren erkennbar sind oder sich bereits zu einer Krankheit verdichtet haben. Was passiert bei der Gesundheitsuntersuchung?

- In einem ausführlichen Gespräch fragt die Ärztin oder der Arzt, ob aktuelle Erkrankungen der Patientin bzw. des

Patienten oder in der Familie vorliegen.

- Eine Ganzkörperuntersuchung einschließlich einer Blutdruckmessung soll den aktuellen Gesundheitszustand möglichst genau erfassen.
- Anhand von Blutproben werden die Blutzucker- und Cholesterinwerte ermittelt. Dadurch können zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen erkannt werden.
- Eine Urinuntersuchung gibt Hinweise auf mögliche Nierenerkrankungen.
- Die Ärztin oder der Arzt erläutert der Patientin oder dem Patienten Ergebnisse und Befunde der Untersuchungen. Gemeinsam können eventuell erforderliche Maßnahmen besprochen werden.
- Zur Abklärung einer möglichen

Darmerkrankung bekommen Patienten ab 50 Jahren vom Arzt/von der Ärztin einen Stuhltest für zu Hause ausgehändigt. Dieser sollte möglichst nicht später als einen Tag nach der Entnahme der Stuhlprobe wieder in der Praxis abgegeben werden. Der Arzt/die Ärztin schickt die Probe zur Analyse in ein Speziallabor. Wird Blut im Stuhl nachgewiesen, informiert der Arzt/die Ärztin die Patientin oder den Patienten umgehend darüber.

- Die Untersuchung auf Hautkrebs kann in Verbindung mit dieser Vorsorgemaßnahme durchgeführt werden.

Die Gesundheitsuntersuchung kann jedes zweite Jahr in Anspruch genommen werden.

PBeaK

Kontaktlos zahlen im Urlaub

Bezahlen im Vorbeigehen – via NFC-Technologie – gehört in zahlreichen Urlaubsländern schon zum Alltag. Hier können Urlauber ihre Bargeldreserve getrost im Hotelsafe lassen. Kleine Beträge kann man heute blitz-

schnell mit dem Smartphone bezahlen

Den Espresso im Straßencafé oder den Snack am Strandkiosk: Um kleine Beträge zu bezahlen, müssen Urlauber in vielen Ländern keine Münzen und Scheine mehr auf den Tresen zählen. Es reicht, wenn sie die Bank- oder Kreditkarte oder das Smartphone mit der entsprechenden App unmittelbar vor das Kartenlesegerät des Gastronomen oder Händlers halten. Bei Beträgen unter 25 Euro entfällt sogar die Eingabe der PIN oder die Unterschrift zum Quittieren der Zahlung. Die Technik hinter diesem Verfahren ist die sogenannte „Near-Field-Communication“ (NFC), übersetzt „Nahfeldkommunikation“. Per NFC kann man heute bereits in über 70 Ländern zahlen. Besonders schnell verbreitet sich das kontaktlose Bezahlen in den USA, in China, Japan und auch in vielen europäischen Ländern wie Schweden und Großbritannien. In Europa bieten aktuell rund 1,2 Millionen Händler das kontaktlose Bezahlen an, so die Statistik von VISA. Tendenz steigend: „Bis 2020 müssen alle Kassenterminals in Europa auf NFC umgestellt sein“, erklärt Martina Brand von der Postbank. Sicher in der Hand

mehr, auch kleine Einzelhändler rüsten ihre Bezahlterminals auf die neue Technologie um. Banken bieten ihren Kunden NFC-fähige Bank- und Kreditkarten und entsprechende Handy-Apps an. Problem: Es mangelt hierzulande noch an Kunden, die die neue Technologie einsetzen. „Die Deutschen sind beim Bezahlen sehr konservativ, viele schwören auf Bargeld und stehen bargeldlosen Zahlungsmethoden eher skeptisch gegenüber – vor allem aufgrund von Sicherheitsbedenken“, sagt Martina Brand. Diese seien allerdings überzogen: „Die Chiptechnologie der kontaktlosen Bezahlkarten macht es Betrugern so gut wie unmöglich, die Daten auszulesen, mit denen eine funktionierende Kartenkopie erstellt werden könnte. Zudem ist es ein Zugewinn an Sicherheit, die Karte beim Bezahlen nicht mehr aus der Hand zu geben.“ Dass versehentlich Beträge von der Karte abgebucht werden können, ist ausgeschlossen: „Der Abstand von NFC-fähiger Karte oder Smartphone mit entsprechender App und dem Bezahlterminal darf maximal vier Millimeter betragen“, so die Postbank Expertin. Für viele Deutsche scheidet das kontaktlose Zahlen bislang einfach daran, dass sie die Technik und die neuen Möglichkeiten gar nicht kennen. Für den ersten Check: Ob die eigene Kredit- oder Bankkarte NFC-fähig ist, erkennt man an einem kleinen Symbol auf der Vorderseite der Karte – vier parallel verlaufende, konvexe Linien.

Auch in Deutschland ist das kontaktlose Bezahlen auf dem Vormarsch: Immer

Bayerischer Wald Hotel · Gasthof „Lallinger Hof“



Urlaub im Bayerischen Wald heißt:
Berge, unendliche Wälder,
herrliche Landschaft, Tiere,
Natur und Kultur
erleben · erwandern · erholen

Unser Preisangebot:

14 Tage HP 340,- €
3 Wochen HP 500,- €

Frühstücksbüffet · Menüwahl

Alle Zimmer mit D/WC, Telefon, TV-Anschluß
Kinderermäßigung · Fernsehraum
Fordern Sie unseren Hausprospekt an!

Fam. Gerald und Sophie Lallinger
Hauptstr. 23 · 94551 Lalling
Tel: 0 99 04/2 34 · Fax: 0 99 04/74 44
www.lallinger-hof.de

Der Verband des PostVertriebspersonals gewährt seinen Mitgliedern einen Zuschuss zur Erholungsfürsorge. Bei einem Aufenthalt von **längstens 21 Tagen einen Zuschuss von 7,50 € pro Tag** in Abständen von drei Jahren. Verbandsmitglieder senden der Bundesgeschäftsstelle in 49477 Ibbenbüren, Astenstr. 48, die Rechnung unseres Hauses als Beleg ein und geben ihre Bankverbindung an, damit der Zuschuss überwiesen werden kann.

Informationspflichten nach Artikel 13 und 14 DSGVO

Nach Artikel 13 und 14 EU-DSGVO hat der Verantwortliche einer betroffenen Person, deren Daten er verarbeitet, die in den Artikeln genannten Informationen bereit zu stellen. An dieser Stelle der Landpost möchten wir der Informationspflicht an unsere Mitglieder nachkommen.

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen sowie gegebenenfalls seiner Vertreter:

Verband des PostVertriebspersonals (VdPV). Gesetzlich vertreten durch den Vorstand, dieser wiederum vertreten durch den Bundesvorsitzenden Tony Ilg, Bundesgeschäftsstelle, A Sternstr. 48, 49477 Ibbenbüren. Email: info@vdpv.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten/der Datenschutzbeauftragten:

Die Pflicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten nach DSGVO und BDSG ist nicht gegeben. Ein Datenschutzbeauftragter ist nicht ernannt.

3. Zwecke, für die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Die personenbezogenen Daten werden für die Durchführung des Mitgliedschaftsverhältnisses verarbeitet (z.B. Einladung zu Mitgliederversammlungen, Versand von VdPV-Informationsschreiben, Beitragseinzug).

Ferner werden personenbezogene Daten zur Erfüllung satzungsmäßiger Aufgaben weitergeleitet.

Darüber hinaus können personenbezogene Daten zur Berichterstattung im Zusammenhang mit Veranstaltungen des VdPV auf der Internetseite des Verbandes sowie in Auftritten des Verbandes in Sozialen Medien sowie auf Seiten überregionaler Printmedien übermittelt werden.

4. Rechtsgrundlagen, auf Grund derer die Verarbeitung erfolgt:

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt in der Regel aufgrund

der Erforderlichkeit zur Erfüllung eines Vertrages gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO. Bei den Vertragsverhältnissen handelt es sich in erster Linie um das Mitgliedschaftsverhältnis im VdPV.

Werden personenbezogene Daten erhoben, ohne dass die Verarbeitung zur Erfüllung des Vertrages erforderlich ist, erfolgt die Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung nach Artikel 6 Abs. 1 lit. a) in Verbindung mit Artikel 7 DSGVO.

Die Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet oder in lokalen, regionalen oder überregionalen Printmedien erfolgt zur Wahrung berechtigter Interessen des VdPV (vgl. Artikel 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO). Das berechtigte Interesse des Verbandes besteht in der Information der Öffentlichkeit durch Berichterstattung über die Aktivitäten des VdPV. In diesem Rahmen werden personenbezogene Daten einschließlich von Bildern der Teilnehmer zum Beispiel im Rahmen der Berichterstattung über Veranstaltungen des VdPV veröffentlicht.

5. Die Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Personenbezogene Daten der Mitglieder werden zur Erfüllung satzungsmäßiger Aufgaben an beauftragte Sachbearbeiter weitergegeben.

Die Daten der Bankverbindung der Mitglieder werden zum Zwecke des Beitragseinzugs an das vom VdPV beauftragte Kreditinstitut weitergeleitet.

6. Die Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Die personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Mitgliedschaft gespeichert.

Mit Beendigung der Mitgliedschaft werden die Datenkategorien gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen weitere zehn Jahre vorgehalten und dann gelöscht. In der Zeit zwi-

schen Beendigung der Mitgliedschaft und der Löschung wird die Verarbeitung dieser Daten eingeschränkt.

Bestimmte Datenkategorien können zum Zweck der Verbandschronik im Verbandsarchiv gespeichert. Hierbei handelt es sich um die Kategorien Vorname, Nachname, Zugehörigkeit zu Gremien des VdPV, an denen die betroffene Person mitgewirkt hat. Der Speicherung liegt ein berechtigtes Interesse des VdPV an der zeitgeschichtlichen Dokumentation von Ereignissen zugrunde.

Alle Daten der übrigen Kategorien (z.B. Bankdaten, Anschrift, Kontaktdaten) werden mit Beendigung der Mitgliedschaft gelöscht.

7. Der betroffenen Person stehen unter den in den Artikeln jeweils genannten Voraussetzungen die nachfolgenden Rechte zu:

- das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DSGVO,
- das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO,
- das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO,
- das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DSGVO,
- das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DSGVO,
- das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Artikel 77 DSGVO
- das Recht, eine erteilte Einwilligung jederzeit widerrufen zu können, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung hierdurch berührt wird.

8. Die Quelle, aus der die personenbezogenen Daten stammen:

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich im Rahmen des Erwerbs der Mitgliedschaft erhoben.

Ende der Informationspflicht
Stand: Juni 2018

Die Bezirksvorsitzenden-Konferenz 2018 fand in Kassel Wilhemshöhe statt

Konstruktiv wurden die Aufgaben und Ziele der Verbandsarbeit diskutiert und aktualisiert

Einmal jährlich findet die Bezirksvorsitzenden-Konferenz statt. Diesmal fand die Sitzung in Kassel statt.

Neben den Tätigkeiten des Bundesvorstands, berichteten die Bezirksvorsitzenden über ihre Aktivitäten in den Bezirken. Der Bundesvorsitzende referierte über die aktuelle Situation bei der Post und bei der Postbank. Schwerpunkt der Sitzung war in diesem Jahr die Mitgliederwerbung. Hier wurde ein Konzept ausgearbeitet, wie man neue Mitglieder für den Verband gewinnen kann.



Zum Schluss der Veranstaltung wurden die Termine für die diesjährigen Bezirksversammlungen vereinbart. Ton Ilg bedankte sich bei allen Teilnehmern für die tolle Zusammenarbeit und wünschte ihnen gute und erfolgreiche Versammlungen in den Bezirken.

Trend zu höheren Zinsen hält noch lange an

Nachdem die Kapitalmarktzinsen zu Jahresbeginn kräftig gestiegen waren, kam es in den darauffolgenden Monaten zu einer leichten Abwärtskorrektur. Der seit Mitte 2016 bestehende Aufwärtstrend ist aber ungebrochen.

Kein Wunder: Wichtige Notenbanken sind dabei, sich aus der ultraexpansiven Geldpolitik zu verabschieden. Während die US-Notenbank ihren Leitzins bereits sechsmal angehoben hat, steht die EZB allerdings noch am Beginn des Ausstiegs. Auf einer der kommenden Sitzungen dürfte sie beschließen, die Nettoanleihekäufe bis Jahresende einzustellen. Mitte kommenden Jahres könnte dann eine erste Leitzinserhöhung im Euroraum erfolgen. Dementsprechend dürfte der Trend zu höheren Zinsen noch eine ganze Weile anhalten. Baukredite werden teurer

Auch die Hypothekenzinsen haben ihren Tiefpunkt inzwischen lange hinter sich gelassen. Sie liegen allerdings immer noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Bauherren und Immobilienerwerber sollten sich die noch sehr günstigen Konditionen für einen möglichst langen Zeitraum sichern. Auf Jahressicht ist analog zur Entwicklung bei den Kapitalmarktzinsen mit einer weiteren Verteuerung von Baukrediten zu rechnen.

In Memoriam Anita Kunder



*** 30.11.1959
+ 04.06.2018**

Nach kurzer schwerer Krankheit ist die Bezirksvorsitzende Anita Kunder verstorben. Der Tod der Verstorbenen erfüllt den VdPV mit Schmerz und Trauer, hat er doch mit Anita Kunder eine langjährige und engagierte Bezirksvorsitzende verloren.

Anita Kunder führte den Bezirk Bayern Nord (ehemals BZV Fürth) seit 2007 und setzte sich aktiv für die Kolleginnen und Kollegen im Bezirksverband ein. Dankbar blicken wir auf die gemeinsam verbrachten Jahre zurück und erinnern uns an viele Begegnungen mit ihr.

Der Verband des PostVertriebspersonals wird ihr in Dankbarkeit ein ehrendes Gedenken bewahren. Möge Anita Kunder ruhen in Frieden.

Im Namen des Bundesvorstandes

**Tony Ilg
Bundesvorsitzender**

Bezirk Nordrhein-Westfalen Süd-West



Die diesjährige Bezirksversammlung Nordrhein-Westfalen Süd-West fand in dem idyllischen Eifelort Simmerath-Einruhr statt. Im Hotel Seemöwe begrüßte der Bezirksvorsitzende **Helmut Josephs** die Teilnehmer und hielt seinen Geschäftsbericht ab. In seinem Referat berichtete er über die aktuelle Entwicklung der Deutschen Post und Postbank AG und über die Auswirkungen der Pflegereform. Mit guten Tipps und Anregungen informierte er umfassend über Pflegegrade, Wohngeld und weitere Sozialleistungen.

Geehrt wurde in diesem Jahr **Maria Conrads** für 65 Jahre Mitgliedschaft

im VdPV. Sie erhielt eine Urkunde und ein Präsent und alle Teilnehmer freuten sich, die ehemalige Bezirksvorsitzende wiederzusehen. Mit dem gemeinsamen Mittagessen schloss die harmonische Versammlung. Helmut Josephs



Bezirk Baden-Württemberg Süd

Ehrung für Andreas Aubele

Für 60 Jahre VdPV-Mitgliedschaft wurde **Andreas Aubele** an seinem 97. Geburtstag von der Bezirksvorsitzenden **Irmgard Herkommer** persönlich geehrt. Der rüstige Rentner interessiert sich noch rege für die Belange des VdPV und freute sich sehr über den Besuch an seinem Ehrentag. Irmgard Herkommer



Mega-Paketzentrum in Berlin-Brandenburg Bis zu 600 neue Arbeitsplätze

Die Deutsche Post DHL Group erweitert das Paketnetz kontinuierlich und errichtet im brandenburgischen Ludwigsfelde vor den Toren Berlins ein weiteres Mega-Paketzentrum. Auf 165.000 Quadratmetern Fläche werden ab der geplanten Inbetriebnahme des neuen Standorts im Jahr 2020 bis zu 600 neue

tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Die Sortierkapazität des neuen Paketzentrums wird bei 50.000 Sendungen pro Stunde liegen.



VdPV

Kompetent und gut vertreten

Wir bieten Ihnen:

- **Rechtsschutz**
in beruflichen Belangen
- **Beratung und Vertretung**
Tarif-, Sozial- und
Rentenangelegenheiten
- **Diensthaftpflichtversicherung** **NEU**
Personen/Sachschäden 10 Mio. EUR
Regresshaftpflicht 50.000,- EUR
Verlust Dienstschlüssel 50.000,- EUR
- **Freizeit-Unfallversicherung**
Krankenhaustagegeld 10,- EUR
Invalidität bis zu 15.000,- EUR
Todesfall 10.000,- EUR
Bergungskosten bis zu 5.000,- EUR
Kurbeihilfe bis zu 2.500,- EUR
- **Mitgliederzeitschrift**
„Die Landpost“
- **Mehr wissen als andere durch**
MITGLIEDERversammlungen
INFORMATIONsveranstaltungen
SEMINARE und SCHULUNGEN
individuelle Betreuung
- **Kur- und Erholungszuschuss**
alle drei Jahre; bis zu 21 Tage,
7,50 EUR pro Tag,
verordnete, stationäre Kuren sowie
Urlaube bei Landpostinsenerenten
Häusern des Pusterholungswerkes.
- **Grabpflegezuschuss im Todesfall**
Höchstens bis zu 500,- €.

Sachbearbeiter / Ansprechpartner

Tony Ilg;

Bundesvorsitzender: 0171 / 6 88 53 65

Heike Sjauken; Zustellung: 0176 / 52430639

Thomas Feil; Zustellung: 0170 / 5737340

IMPRESSUM:

„Die Landpost“ erscheint 6 mal jährlich

Verlag: Verband des PostVertriebspersonals
e. V. (VdPV), Gewerkschaft Postvertrieb

Bundesgeschäftsstelle:

Asternstr. 48 • 49477 Ibbenbüren

Telefon: 0 54 51 / 1 69 15

Fax: (0 54 51) 10 72

eMail: info@vdpv.de - Internet: www.vdpv.de

Verantwortlich für den Inhalt: Tony Ilg,

Bundesvorsitzender, eMail: ilg@vdpv.de

Satz und Layout: Eugenie Fieker,

VdPV - Bundesgeschäftsstelle

Verkaufspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Kontoverbindung für alle Zahlungen:

Postbank IBAN: DE85 4401 0046 0066 8794 63

Druck: wiedgedruckt, Thomas Wiege,
Sanderskamp 17, 48477 Hörstel

Harmonische Bezirksversammlung des Bezirks Niedersachsen West



In der gut besuchten Bezirksversammlung im „Dorfkrug“ im Museumsdorf Cloppenburg berichtete die Bezirksvorsitzende **Theda Schoolmann** über den XXI. Bundeskongress 2017 in Bremen und die diesjährige Bezirksvorsitzendenkonferenz in Kassel Wilhelmshöhe.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende **Heike Sjauken** berichtete über die aktuelle Situation bei der Post, der Postbank und die Arbeit des VdPV. Daraus entwickelte sich eine rege Aussprache über den gravierenden Wandel, den die Beschäftigten der Post in den letzten Jahrzehnten erfahren mussten.

Der Bericht der Kassenführerin Etta Ammermann schloss mit einer positiven Bilanz über die Finanzsituation des Bezirksverbandes Niedersachsen West.

Am Nachmittag besuchten die Teilnehmer im Rahmen des Ruhestandtreffens das Museumsdorf Cloppenburg. Das Museumsdorf in der Kreisstadt Cloppenburg ist eines der ältesten Freilichtmuseen Deutschlands.

Es zeigt auf einem Areal von ca. 20 ha die Geschichte des ländlichen Raumes Niedersachsens vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In über 50 historischen Gebäuden mit den zugehörigen bäuerlichen Gärten und auf sonstigen landwirtschaftlichen Nutzflächen wird der Wandel im Verhältnis Mensch-Umwelt thematisiert.

Heike Sjauken und Theda Schoolmann ehrten das langjährige Mitglied **Etta Ammermann** für 25-jährige Mitgliedschaft im VdPV und bedankten sich für ihre Treue zum Verband mit einer Urkunde und einer Ehrennadel.

